Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag. Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 5 | **München, 31. Januar 1930** | **17. Jahrgang**

1930	Wochenkalender		5690
	Februar	Schebat	Bemerkungen
Sonntag	2	4	
Montag	3	5	
Dienstag	4	6	
Mittwoch	5	7	
Donnerstag	6	8	
Freitag	7	9	
Samstag	8	10	בא הפטרה הדבר אשר דבר

Die
Einschreibung an der
Isr. Volksschule
findet wie an allen öffentlichen Volksschulen Münchens am
Mittwoch, den 5. Februar 1930
vormittags 8—12 Uhr statt.
Neueintretende Kinder der untersten Klasse melden sich in Begleitung eines Erziehungsberechtigten in den Schulräumen Herzog-Rudolf-Strasse 5. Aus höheren Klassen anderer Volksschulen übertretende Schüler melden sich an der seither besuchten Schule für die Israelitische Volksschule an. Die Umschreibung erfolgt dann von Amts wegen.

Israelitische Volksschule München

Zionistische Ortsgruppe München
Herzog-Rudolf-Straße 1

Donnerstag, den 6. Februar, abends 8.30 Uhr findet im Bibliotheksaal der Kultusgemeinde, Herzog-Max-Straße 7/0, unsere

ordentliche Generalversammlung

statt.

TAGESORDNUNG:

1. Bericht des Vorstandes u. der Ressortleiter
2. Kassenbericht
3. Entlastung und Neuwahl
4. Aussprache über zionistische Tagesfragen.

Das Jüdische Echo

Nummer 5 31. Januar 17. Jahrgang

Das Betäubungsgesetz angenommen

Schächtverbot ab 1. Oktober 1930

München, 30. Januar 1930.

In der gestrigen Vollsitzung des Bayerischen Landtags wurde, nachdem sich schon in den Verhandlungen des Verfassungsausschusses vom 22. Januar gezeigt hatte, daß sich eine Mehrheit finden würde, der Gesetzentwurf über das Schlachten von Tieren mit 64 gegen 42 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen endgültig angenommen. Das Gesetz tritt am 1. Oktober 1930 in Kraft.

Der Schlußabstimmung ging eine Aussprache voraus, die gegenüber den Ausschuß-Verhandlungen keine neuen Gesichtspunkte mehr ergab. Die Bayerische Volkspartei brachte abermals den Antrag ein, daß dem Gesetz folgende Bestimmung beigefügt werden soll: „Das Staatsministerium des Innern kann auch in anderen Fällen (außer Notschlachtungen) Ausnahmen zulassen unter der Voraussetzung, daß durch das zur Anwendung kommende Verfahren jede unnötige Tierquälerei, insbesondere beim Niederlegen der Schlachttiere vermieden wird.“ Der Antrag wurde vom Abg. Dr. Scharnagl (B. Vp.) begründet, der ihn als einen Ausweg bezeichnete, um einerseits den Bedürfnissen des Tierschutzes gerecht zu werden, anderseits aber auch den Bedenken der Juden Rechnung zu tragen.

Für die deutschnationale Fraktion sprach sich Abg. Dr. Lent für den Gesetzentwurf und gegen den Antrag der Bayerischen Volkspartei aus, wobei er besonders darauf hinwies, daß auch für religiöse Gemeinschaften die Schranken der Gesetze bestehen müßten.

Für die Kommunisten, die im Ausschuß keine Vertretung haben, gab Abg. Büchs kurz die Erklärung ab, daß sie dem Gesetz zustimmen und den Abänderungsantrag ablehnen.

Der Nationalsozialist Dr. Buttmann verwahrte seine Partei gegen den Vorwurf, diese Frage von antisemitischen Gesichtspunkten aus behandelt zu haben.

Staatsminister Dr. Stützel führte aus, daß der Betäubungszwang bisher schon in Bayern in allen öffentlichen Schlachthäusern besteht und daß die Zahl der Schächtungen gegenüber der Gesamtzahl der Schlachtungen nur etwa zwei Prozent beträgt. Gegenüber den Einwendungen der Juden erklärte er, es liege der Regierung fern, durch dieses Gesetz irgendwie einen Gewissenszwang ausüben zu wollen. Sie wolle auch ein rituelles Schächten nicht unmöglich machen und glaube, daß dies durch das Gesetz auch nicht geschieht. Die Regierung sei vielmehr der Überzeugung, daß in dem elektrischen Betäubungsverfahren eine Methode gefunden wurde, die einerseits der Forderung des Tierschutzes Rechnung trägt, anderseits die Voraussetzungen für die Ermöglichung eines religiösen Schächtens bestehen läßt. Nach der Erklärung des Professors Dr. Müllers seien Verletzungen bei der elektrischen Betäubung von Rindern und Kälbern bisher nicht beobachtet worden.

Zu dem Abänderungsvorschlag der Bayerischen Volkspartei erklärte der Minister, daß durch Beifügung einer solchen Bestimmung vielleicht die lebhaften Bedenken gegen das Gesetz behoben werden könnten. Er fasse den Antrag als eine Art von Übergangsvorschrift auf, da er überzeugt sei, daß sich die Juden über kurz oder lang mit dem elektrischen Betäubungsverfahren abfinden werden. Außerdem würde durch Beifügung einer derartigen Bestimmung etwaigen Bestrebungen der Boden entzogen, durch eine reichsrechtliche Regelung das Landesgesetz nachträglich auszuschalten.

In der namentlichen Abstimmung wurde der Antrag der Bayerischen Volkspartei mit 64 gegen 45 Stimmen der Antragsteller bei Stimmenthaltung der Frau Abg. Aschenbrenner (fraktionslos) abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung über den Gesetzentwurf ergab sich, wie bereits festgestellt, ein Stimmenverhältnis von 64 gegen 42. Der Stimme enthielten sich Frau Abg. Aschenbrenner und Abg. Schmölz (B. Vp.). Außerdem hielten sich von der Bayer. Volkspartei die Abg. Deisenberger und Dörfler von der Abstimmung fern. Von den Sozialdemokraten hatten sich zehn Abgeordnete, darunter auch Vizepräsident Auer, vom Bauernbund drei Abgeordnete und von der Deutschen Volkspartei Abg. Schneider vor der Abstimmung entfernt.

* * *

Die Aussprache im Verfassungsausschuß am 22. Januar 1930 war in vieler Hinsicht interessanter als die im Plenum. Wir tragen deshalb den Bericht darüber nach: In der Aussprache wurden auch die zu dem Gesetz vorliegenden Eingaben mitbehandelt.

Neben den Eingaben der Tierschutzverbände zugunsten des Gesetzes und des Verbandes der Israelitischen Kultusgemeinden gegen das Gesetz waren auch meherere Eingaben aus Bädern und Kurorten eingelaufen, in denen die Befürchtung geäußert wird, daß sich aus der Durchführung des Gesetzes ungünstige Rückwirkungen für den Fremdenverkehr ergeben.

Die Aussprache eröffnete als Berichterstatter Abg. Hochschulprofessor Dr. Anton Scharnagl (B. Vp.), der sich mit den Bestrebungen der Tierschutzvereine, jede unnötige Tierquälerei zu vermeiden, vollständig einverstanden erklärte, anderseits aber gegen das Gesetz das Bedenken äußerte, daß dadurch ein Eingriff in die Gewissensfreiheit erfolgt, nachdem das religiöse Judentum das Schächten der Schlachttiere als eine bindende religiöse Vorschrift betrachtet. Die Frage, ob jetzt schon eine Betäubungsvorschrift besteht, die

diesen rituellen Vorschriften genügt, hält er noch nicht für genügend geklärt, nachdem die Meinungen der Sachverständigen darüber erheblich auseinandergehen.

Der Mitberichterstatter Dr. Buttmann (N. S.) sprach von einer aktiven und passiven Resistenz des Judentums gegenüber dem vom Landtag geforderten Gesetz und vertrat die Auffassung, daß durch das elektrische Betäubungsverfahren eine Methode gefunden worden sei, durch die die religiösen Vorschriften des Judentums in keiner Weise verletzt werden. Im übrigen bestünden innerhalb des Judentums selbst große Meinungsverschiedenheiten über das Schächten.

Abg. Dr. Högner (Soz.) sprach sich namens der sozialdemokratischen Ausschußmitglieder für das Gesetz aus, erklärte aber, daß seine Fraktion sich mit der Frage noch nicht befaßt hat. Er verwies besonders auf die Stellungnahme der Tierärzte und Schlachthofdirektoren gegen das betäubungslose Schächten. Die Frage, ob nach der Reichsverfassung das Gesetz zulässig sei, bejahte er. Gegenüber den Einwendungen der Juden machte er geltend, daß kein jüdisches Verbot der vorherigen Betäubung der Schlachttiere entgegenstehe. Nach dem heutigen Stande der Wissenschaft werde es durchaus möglich sein, eine auch dem jüdischen Ritus durchaus einwandfreie Betäubungsmethode zu finden.

Abg. Hirschauer (B.B.M.B.) sprach sich in Übereinstimmung mit der bisherigen Haltung seiner Partei für den Gesetzentwurf aus, zumal dieser keine bestimmte Form der Betäubung vorschreibe, so daß auch in bezug auf die Gewissensfreiheit den Gefühlen der religiösen Juden durchaus Rechnung getragen wird.

Frau Abg. Dr. Wolf (D. Vp.) führt die Schächtmethode auf sanitäre Erwägungen zurück, die aber für die heutige Zeit und für unsere Zone keine Berechtigung mehr hätten. Die wirtschaftlichen Bedenken würden dadurch entkräftet, daß die Schweiz mit der Einführung des Betäubungszwanges gewiß keine Beeinträchtigung ihres Fremdenverkehrs erfahren habe. Um des Kulturwillens wegen müsse mit dem grausamen und langsamen Hinmorden von Tieren Schluß gemacht werden.

Abg. Dr. Lent (Dntl.) wies den Gedanken ab, daß das Gesetz einer antisemitischen Einstellung entspringe. Daß gerade zwei Länder mit ausgesprochenem Fremdenverkehr, nämlich die Schweiz und Norwegen, den Betäubungszwang eingeführt haben, beweise, daß wirtschaftliche Nachteile nicht zu befürchten sind. Alles habe seine Grenzen in dem Volksempfinden. Die deutschnationale Fraktion stimme dem Gesetz zu.

Staatsminister Dr. Stützel vertrat gegenüber der Rechtsauffassung des Professors Dr. Dyroff den Standpunkt, daß das vorliegende Gesetz rechtsgültig sei, nachdem die Materie des Veterinärwesens durch das Reich noch nicht erschöpfend geregelt ist. Allerdings hält er es auch für wünschenswert, daß die Frage des Betäubungszwanges für das ganze Reich einheitlich geregelt wird. Über das Verhältnis der Schächtungen zur Gesamtzahl der Schlachtungen in Bayern teilte er mit, daß durch den Ministerialerlaß vom Jahre 1926 die Zahl der Schächtungen auf 1,6 bis 2 Prozent der Schlachtungen heruntergedrückt wurde. Das neue elektrische Betäubungsverfahren hält die Regierung für eine Methode, die auch noch ein rituelles Schächten ermöglicht. Die Sachverständigen sind sich zwar nicht ganz einig, ob bei dem elektrischen Betäubungsverfahren noch Verletzungen der Tiere vorkommen. Die Regierung hält sich an das Gutachten des Münchener Hauptsachverständigen, wonach bei dem elektrischen Betäubungsverfahren eine Verletzung der Tiere nicht eintritt und demnach ein rituelles Schächten möglich ist. Sie will aber auch andere Betäubungsverfahren, die in Vorschlag gebracht werden, entsprechend prüfen.

Geheimrat Dr. Gasteiger befaßte sich eingehend mit den Einwendungen, die von jüdischer Seite gegen das elektrische Betäubungsverfahren geltend gemacht wurden und verwies darauf, daß es auch eine Schmerzbetäubung bei vollständig erhaltenem Bewußtsein gibt. Für den elektrischen Strom sei dies nachgewiesen. In der Frage, inwieweit eine Bewußtlosigkeit der elektrisch betäubten Tiere vorliegt, werden vielleicht die Untersuchungen, die Professor Dr. Sauerbruch anstellen will, eine Klärung bringen. Dr. Sauerbruch will sich die wissenschaftliche und praktische Förderung des Verfahrens selbst angelegen sein lassen, nachdem es sich um eine für die Wissenschaft hochbedeutsame Frage handelt, die für Mensch und Tier von weittragender Bedeutung werden kann. Zusammenfassend erklärte der Regierungsvertreter, daß die besonders von Dr. Jellenik gegen das elektrische Betäubungsverfahren gemachten Einwendungen als begründet nicht angesehen werden könnten, insbesondere nicht im Hinblick auf die bisherige jahrtausendalte Durchführung der Fleischbeschau beim Schächten, wobei keinerlei feine histologische Nachweise und feinste mikroskopische Spezialuntersuchungen verlangt und angewendet worden sind.

In der weiteren Aussprache hielten die Abgg. Schäffer (B. Vp.), Fink (Ztr.) und Dr. Wohlmuth (B. Vp.) an der Auffassung fest, daß es sich um einen Eingriff in die Gewissensfreiheit handelt. Dr. Wohlmuth bemerkte, daß der Einfluß der Juden im Reichstag wohl größer sei wie im Landtag und äußerte die Befürchtung, daß das bayerische Gesetz durch den Reichstag aufgehoben wird. Abg. Dr. Scharnagl teilte mit, daß neuerdings in England eine Apparatur verwendet wird, die den ganzen Schächtakt in 25 Sekunden durchführt. Die Abgg. Dr. Högner (Soz.), Brügel (Dtschntl.) und Dr. Lent (Dtschntl, erwiderten, daß diese Apparatur wohl die Wünsche

der Judenschaft ebensowenig zufriedenstellen werde wie das elektrische Verfahren.

Wir werden uns mit der durch das Gesetz geschaffenen Situation, insbesondere aber mit dem Verhalten der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die sein Zustandekommen ermöglicht hat, noch eingehender beschäftigen.

Die Gremien des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden haben sich am Sonntag, dem 20. Januar 1926 in einer gemeinsamen Beratung in Nürnberg noch einmal mit dem vorliegenden Entwurf befaßt, und folgende Resolution angenommen, die leider dessen Gesetzwerdung auch nicht verhindern konnte:

Der Rat des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden, der Ständige Ausschuß der Tagung und die Bayerische Rabbinerkonferenz, die heute in Nürnberg zu gemeinschaftlicher Beratung versammelt sind, nehmen mit tiefem Schmerz von dem Beschluß des Verfassungsausschusses des Bayerischen Landtags Kenntnis, der den ausnahmslosen Betäubungszwang beim Schlachten der Tiere fordert und so das durch die Jahrtausende geheiligte religiöse Gebot des Schächtens der Tiere verhindert.

Die berufenen Vertreter des bayerischen Judentums legen hiermit Verwahrung ein gegen die Herabsetzung ihres Bekenntnisses, die Beeinträchtigung der durch die Verfassung des Reiches und des Landes gewährleisteten religiösen Gewissensfreiheit und die dadurch begründete Verletzung der staatsbürgerlichen Rechte. Die jüdische Bekenntnisgemeinschaft erwartet, daß der Landtag eine Ausnahme von dem Betäubungszwang für das rituelle Schlachten zuläßt.

Wir halten auf Grund wissenschaftlicher Nachweise daran fest, daß das Schächten jede Tierquälerei ausschließt. Wir haben uns dennoch mit allem Nachdruck dafür eingesetzt, eine mit den rituellen Vorschriften vereinbarte Betäubungsmethode zu gewinnen, über deren Zulässigkeit unsere religiösen Instanzen zu entscheiden haben. Wir werden die Prüfung der Frage ernstlich fortsetzen, wir nehmen aber in Anspruch, daß uns die hierfür nötige Zeit gegeben wird.

Wir haben das Vertrauen, daß der Bayerische Staat, der sich den Schutz der Gewissensfreiheit stets in besonderem Maße hat angelegen sein lassen und den Bedürfnissen der israelitischen Glaubensgemeinschaft jederzeit Rechnung getragen hat, in der Zeit größter allgemeiner Not die Kräfte des Landes nicht abstößt, sondern sammelt zum Wohle des Vaterlandes.

**gez. Dr. Neumeyer. gez. Dr. Silberschmidt.
gez. Dr. Freudenthal. gez. Dr. Stein.**

Bemerkungen

Das Ende des Falles Halsmann?

In Wien wurde Philipp Halsmann vom Obersten Gerichtshof endgültig als Mörder seines eigenen Vaters stigmatisiert. Diese Nachricht hat in der öffentlichen Meinung der ganzen Welt, sofern sie sich den Sinn für Recht und Gerechtigkeit bewahrt hat, Entsetzen hervorgerufen. Erschüttert steht man vor der Tatsache, daß das Räderwerk der Paragraphen, namentlich wenn es von trockenen, in der feinsten juristischen Dialektik bewanderten Oberrichtern betrieben wird, unerbittlich jeden zermalmt, der, einerlei wie sich der gesunde Menschenverstand zu dem Falle verhält, in die Maschinerie hineingeraten ist. Wenn man von all diesen Prozeduren, Zeugenaussagen, Sachverständigen-Gutachten und den tausendfachen Für und Wider der einzelnen Darstellungen der Mordtat am alten Halsmann absieht und nur den gesunden Menschenverstand reden läßt, so kommt man im Vereine mit allen unverbildeten klarsehenden Menschen zur Überzeugung, daß der junge Halsmann nicht den geringsten Grund hatte, das scheußliche Verbrechen an seinem eigenen Vater zu verüben. Aber Halsmann ist Jude; der Unglücksfall passierte in dem antisemitisch-verseuchten Lande Tirol, die meisten Zeugen waren dumme, im Urinstinkt judenfeindliche Menschen. Der Prozeß fand in einer verhetzten Umgebung statt. Die Geschworenen unterschieden sich in keiner Weise von den Hauptbelastungszeugen, und so kam es zweimal zu einer Verurteilung des jungen Halsmann durch die Volksrichter. Die Geschworenen und Zeugen müssen nicht notwendigerweise bewußte Rechtsbrecher und Lügner sein, aber sie sind voreingenommen gewesen und daraus erklärt sich diese ganz unbegreifliche Rechtsprechung. Daß das Oberste Gericht in Wien nicht den Mut aufgebracht hat, die Angelegenheit nach Menschlichkeit und gesundem Verstand zu ordnen, sondern sich hinter Formalismus und Paragraphen verschanzt hat, läßt selbst an den höchststehenden, sogenannten Wahrern des Rechts verzweifeln. Mit diesem Urteilsspruch darf der Fall Halsmann nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Es gibt noch zwei Möglichkeiten: Wiederaufnahmeverfahren und Begnadigung. Wir wollen hoffen, daß der Kampf um das Recht im Falle Halsmann doch noch siegreich beendet werden wird. Die jüdische Öffentlichkeit fühlt sich mit dem Schicksal der Familie Halsmann solidarisch. Diese Familie leidet nicht nur unter der Tücke eines grausamen Geschicks, sondern auch unter der Tatsache, daß sie jüdisch ist. Darum ist ihre Angelegenheit, abgesehen davon, daß sie Sache des allgemeinen über Nation und Konfession stehenden Rechts ist, auch eine Sache der jüdischen Gesamtheit.

Die Schlacht von Watford

Vor einigen Tagen wurde in der Nähe von London eine Schlacht geschlagen, von der wahrscheinlich in den kommenden Geschichtsbüchern wenig zu lesen sein wird. Und doch wagen wir die Behauptung, daß jene Schlacht wesentlicher für die Erkenntnis menschlicher Artung ist als irgend ein vielbesungenes Treffen feindlicher Heere in einem großen Kriege. Die Schlacht, von der wir erzählen wollen, fand in der Londoner Vorstadt Watford statt. Kämpfende Parteien waren die Eingeborenen von Watford und Walliser Arbeitslose, die von der englischen Regierung in Baracken in Watford untergebracht wurden. Diese Arbeitslosen stammen aus den Kohlenbergwerken und sind hauptsächlich junge Leute, die auf der Suche nach neuer Beschäftigung sind, da sie in ihrem früheren Beruf als Kohlenarbeiter keine Eistenzmöglichkeit mehr hatten. Es handelte sich also bei diesen Arbeitslosen um englische Staatsbürger und englisch sprechende Menschen, um Christen und Ureinwohner der englischen Insel. Aber diese Arbeitslosen sind an ihrer Aussprache des Englischen und an manchen anderen Äußerlichkeiten, wie lebhafteren Gesten, Geschmeidigkeit der Bewegungen und ähnlichem zu erkennen. Und außerdem sind sie Zugezogene. Das allein genügte, damit die Eingeborenen von Watford sich zusammentun und einen wohlorganisierten Überfall auf die Walliser Arbeitslosen unternehmen. Es kam zu einer regel-

rechten Schlacht, in der auf beiden Seiten viele Menschen ernstlich verletzt wurden. Mit einem Worte gesagt, es war ein regelrechter Pogrom und die Watforder Polizei mußte um zweihundert Köpfe verstärkt werden, bis sie der Situation Herr werden konnte.

Diese Londoner Vorstadt-Schlacht ist für uns Juden sehr lehrreich. Wenn man genau überlegt, vermag diese Schlacht mehr über das Wesen des Antisemitismus auszusagen als dickleibige psychologische und soziologische Werke. Es genügt also, sich in irgend etwas von der Umgebung zu unterscheiden, ein Zugezogener zu sein oder als solcher zu gelten, um Gegenstand der Abneigung und Gegenstand eines Angriffes durch die Mehrheit zu werden. Es ist gar nicht notwendig zu untersuchen, wer besser und wer schlechter ist, der Angreifende oder der Angegriffene, wer Schuld trägt oder unschuldig ist, der Schlagende oder der Geschlagene, es genügt, daß sich Unterscheidungsmerkmale zwischen Menschengruppen ergeben, damit zwischen diesen Gruppen Spannung und Feindseligkeiten entstehen. Um wie vieles ist diese Situation noch gefährdeter, wenn innerhalb voneinander unterscheidbaren Menschengruppen durch deren ständige Berührung Reibungsflächen entstehen, die die Spannung vergrößern und in irgendeiner Situation zu einem Ausdruck der Gehässigkeit führen? Die Lehre aus dem Watforder Vorfall: die Walliser sind am sichersten nur in Wallis. Und wenn sie schon auswandern müssen, so in geschlossenen großen Siedlungen, dann werden sie wieder unter sich sein. Es ist nicht anzunehmen, daß die Bevölkerung von Watford nach Wallis ziehen wird, um die Walliser dort zu bekriegen. Aber wenn die Walliser in geringer Zahl zu den Watfordern kommen, selbst in friedlichster Absicht, riskieren sie Keile zu beziehen, was auch prompt geschehen ist.

Symbol Frick

Der Nationalsozialist Frick ist Justizminister in Thüringen; im Städtchen Alzey erschießt der Nationalsozialist Rebhahn den jüdischen Kaufmann Richard Kahn, und der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtags nimmt mit 13 gegen 11 Stimmen ein Schächtgesetz an, das sich unzweifelhaft gegen die Juden richtet und zu diesem Zweche eingebracht wurde. Diese drei Tatsachen sind die ersten Ergebnisse der Entwicklung der deutschen Verhältnisse im Jahre 1930, vom jüdischen Standpunkte aus gesehen. Ohne ein Schwarzmaler zu sein oder der Verelendungstheorie, auf Juden bezogen, zuzuneigen, muß man sich sagen: daß die Situation der Juden in Deutschland in den letzten Jahren immer bedrohter geworden ist. 12 Jahre Republik, Regierungen, in denen linke Parteien führend sind, all das hat die gesellschaftliche Stellung der Juden in Deutschland nicht zu bessern vermocht. Weite Kreise der Intelligenz, die Hochschulen, die Beamtenschaft, der größte Teil des Bürgertums sind in Deutschland zweifellos antijüdisch. Dazu kommt das starke Anwachsen der radikal-antisemitischen Partei. Der Existenzkampf der Juden wird furchtbar erschwert. Sie haben nicht nur unter der allgemeinen Wirtschaftskrise zu leiden, sondern müssen noch der Tatsache, daß sie Juden sind, schweren Tribut entrichten. Es nützt nichts, wenn man sich einreden will, daß das Golusschicksal in einem so hoch entwickelten und hoch kultivierten Lande wie Deutschland, in dem die Juden kaum 1 Prozent der Bevölkerung ausmachen, nicht wirksam ist. Es gibt in Deutschland nicht nur subjektiv vom jüdischen und judenhasserischen Standpunkte betrachtet, sondern auch objektiv gesehen eine Judenfrage, die alle Kennzeichen dieses Problems in Ländern jüdischer Massensiedlung trägt. Es ist eine betrübliche Erkenntnis, wenn man sich sagen muß, daß im Prinzip zwischen der Lage der Juden in Deutschland und der in Rumänien, Ungarn oder Polen eigentlich gar kein Unterschied vorhanden ist. Für diese alle Juden betreffende Judenfrage, die jüdische Schicksalsgemeinschaft, sollte unseres Dafürhaltens auch nur eine einzige gemeinsame Lösung versucht werden. Nutzanwendung ist leicht: mit allen Kräften und mit allen Mitteln dazu beitragen, daß für den größten Teil der Juden durch die Liquidierung der Galuth die Judenfrage gelöst erscheine und daß diese erlösten Juden den in der Galuth bleibenden Stütze und Trost werden.

z. k.

Die Funktionen der Agency-Exekutive

Berlin, 26. Januar. (JTA.) Die „Jüdische Rundschau“ befaßt sich in einem zweiten Artikel mit den „Agency-Problemen“ und teilt mit, daß der Vorsitzende des Administrative Committee, Herr Felix M. Warburg, an sämtliche 220 Mitglieder des Rates der Jewish Agency ein Elaborat verschickt hat, das eine Einteilung des Rates in Kommissionen enthält. Alle Kommissionen wurden von Herrn Warburg besetzt, jede erhielt einen Vorsitzenden, einen Vizevorsitzenden und eine „Exekutive“. Der Gedanke, der dieser Einteilung zugrunde liegt, ist offenbar der, daß alle Mitglieder der Agency mit irgendeinem Zweig der Arbeit enger in Verbindung gebracht werden sollen, um das Gefühl direkter Verantwortlichkeit zu haben. In dieser Einteilung ist ein Punkt von wirklich grundsätzlicher Bedeutung. Das Schema zeigt nämlich, daß Herr Warburg auch heute noch in bezug auf die Stellung der Exekutive an dem Standpunkt festhält, den die Amerikaner in Zürich gehabt haben, nämlich, daß das Administrative Committee die bestimmende Macht ist, der gegenüber die Exekutive nur ein Kollegium von ausführenden Organen darstellt. Demgemäß erscheint im Schema des Herrn Warburg keineswegs die Exekutive als leitende Körperschaft, sondern neben den vielen Komitees gibt es auch ein Komitee, das englisch „Executives“ heißt (das ist ein Plural!), und man kann dies der Funktion nach etwa mit dem deutschen Worte „leitende Sekretäre“ übersetzen, in dem Sinne, wie man bei Ministerien von Staatssekretären spricht. Jedem Komitee ist ein solcher „Exekutive“ beigeordnet, außerdem werden vier Mitglieder der gegenwärtigen Exekutive ausgeschieden und als „zusätzliche Executiven der Zionistischen Organisation“ bezeichnet. Hier nun wird die Meinungsverschiedenheit zweifellos ernst. Die Exekutive muß nach zionistischer Erfahrung eine Körperschaft mit eigener Verantwortung und Entscheidungsgewalt sein. Sie ist zwar dem Administrative Committee und dem Council verantwortlich, aber während ihrer Amtszeit darf sie in ihrer Handlungsfreiheit bei Führung der Geschäfte in keiner Weise eingeschränkt werden.

Ausgleich der Meinungsverschiedenheiten zwischen Weizmann und Warburg

London, 27. Januar. (JTA.) In den letzten Tagen hatte, wie die JTA. erfährt, der europäische Direktor des Joint Distribution Committee, Dr.

Bernhard Kahn, vertrauliche Besprechungen mit der Zionistischen Exekutive, um auf Wunsch des Vorsitzenden des Administrative Committee der Jewish Agency, Felix M. Warburg, einige Schwierigkeiten zu klären, die sich aus einigen Meinungsverschiedenheiten zwischen Dr. Weizmann und Felix M. Warburg ergeben haben. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen hauptsächlich die Kompetenzen des Vorsitzenden des Administrative Committee. Die Beziehungen zwischen Warburg und Weizmann sollen jetzt wieder ganz ungetrübte sein. Bekanntlich hat Herr Felix M. Warburg in seiner Ansprache auf dem zu Ehren von General Smuts in Neuyork gegebenen Abschiedsbankett General Smuts gebeten, bei seinem Eintreffen in London „dem verehrten Führer Dr. Weizmann die Liebe und Ergebenheit der Anwesenden zu verdolmetschen“.

Berlin, 26. Januar. (JTA.) Professor Chaim Weizmann, Präsident der Zionistischen Weltorganisation und der Jewish Agency, hat seine Amerikareise, die er am 23. d. M. hätte antreten sollen, bis auf weiteres verschoben. Die „Jüdische Rundschau“ erfährt, daß Dr. Weizmann sich zur Erholung in die Schweiz begibt und Anfang Februar Gelegenheit nehmen wird, mit repräsentativen Kreisen der Jewish Agency in Europa die schwebenden Fragen zu besprechen.

Aus der jüdischen Welt

Neue Friedhofsschändung in Bayern

München, 28. Januar. Die „München-Augsburger Abendzeitung“ berichtet aus Roth b. Nürnberg:

Vergangene Woche wurden im israelitischen Friedhof in Georgensgmünd durch unbekannte Täter mehrere Grabsteine umgeworfen, beschädigt und beschmutzt. Die Ortsgruppe Georgensgmünd der Nationalsozialistischen Partei hat für die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 100 Reichsmark ausgesetzt.

(Wird den Nationalsozialisten vielleicht selbst bange vor ihren „Erfolgen“ oder ist das nur die Taktik „Haltet den Dieb!“ zu rufen, wenn man den wohlbegründeten Verdacht von sich selbst ablenken will?)

Fast zwölf Millionen Etat der Berliner jüdischen Gemeinde für 1930

Berlin, 23. Januar. (JTA.) Der Voranschlag der jüdischen Gemeinde Berlin für das Jahr 1930 ist vom Gemeindevorstand der Repräsentantenversammlung zur Beschlußfassung zugegangen, die ihn voraussichtlich in ihrer nächsten Sitzung, am 27. Januar, in Behandlung ziehen wird.

Die Gesamtausgaben für 1930 betragen Reichsmark 11 684 754.— (Voranschlag für 1929: Reichsmark 11 026 432.—). Die Steigerung gegenüber dem Vorjahre beträgt RM. 658 322.—, d. h. 6%. Für das Wohlfahrtswesen sind Ausgaben in Höhe von RM. 3 606 398.— (Steigerung RM. 289 000.—) vorgesehen. Die Verwaltung der Synagogen erfordert einen Mehraufwand von RM. 70 400.—.

Jüdische Mittelpartei für Nieder- und Oberschlesien

Breslau, 21. Januar. (JTA.) Am 20. Januar wurde in einer Versammlung in Breslau die „Jüdische Mittelpartei für die Synagogengemeinde Breslau und die Provinz Nieder- und Oberschlesien“ gegründet. Ein sorgfältig ausgearbeitetes Programm wurde angenommen. Zum Vorsitzenden wurde Rechtsanwalt Foerder, zum stellvertretenden Vorsitzenden Rechtsanwalt Wolff, zum Schriftführer Arthur Wiener, zum Schatzmeister Eugen Perle gewählt. Dem Vorstande gehören noch folgende Herren an: Generaldirektor Leo Lewin, Rechtsanwalt Guttmann, Sanitätsrat Dr. Groß, Regierungsrat Dr. Halpert, Emil Weill, Dr. Dienstfertig.

Aufhebung der Immunität des Religionsschänders Feder

Berlin, 21. Januar. (JTA.) Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags beschloß, die Genehmigung zur Strafverfolgung des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Feder (Sachsen) unter Aufhebung seiner Immunität zu erteilen, weil in dem von ihm verantwortlich gezeichneten Blatte die jüdische Religion beschimpft worden war und unter Verantwortung des Abgeordneten Feder Einrichtungen der katholischen Religion verhöhnt worden waren.

Sechs Monate Gefängnis für den Antisemiten Straßer

Berlin, 26. Januar. (JTA.) Nach mehrstündiger Beratung wurde am Freitag abend vom Vorsitzenden der Strafkammer des Landgerichts III das Urteil in der Berufungsverhandlung gegen den wegen mehrfacher Beleidigung und anderer Vergehen angeklagten nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Straßer verlesen. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft hin wurde das erste Urteil dahin abgeändert, daß der Angeklagte wegen Beleidigung in fünf Fällen, davon in zwei Fällen, gleichzeitig wegen übler Nachrede, und wegen Beschimpfung der Republik in vier Fällen zu einer Gesamtstrafe von sechs Monaten Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr und sechs Monate Gefängnis beantragt. Unter den Klägern befanden sich der Preußische Ministerpräsident Braun, der Preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer, der Berliner Polizeipräsident Dr. Weiß und eine Reihe Berliner und Essener jüdischer Rechtsanwälte.

Der Führer der Nationalsozialistischen Studentenschaft Frankfurts relegiert

Frankfurt a. M., 21. Januar. (JTA.) Rektor und Senat der Universität Frankfurt a. M. haben den Führer der Nationalsozialistischen Studentenschaft von der Universität verwiesen. Bei der Wahl zu der sogenannten allgemeinen Frankfurter Studentenschaft hatte der jetzt Gemaßregelte ein nationalsozialistisches Flugblatt unterzeichnet, in dem die Universität Frankfurt a. M. eine „Hochburg jüdischer Frechheit und marxistischer Unverschämtheit“ genannt wurde.

Friede in der Zionistischen Organisation Österreichs

Wien, 24. Januar. (JTA.) In die Zionistische Organisation Österreichs ist nach mehrjährigen inneren Kämpfen, insbesondere zwischen den Ra-

dikalen und dem offiziellen zionistischen Landeskomitee der Friede wieder eingekehrt. Die radikalen Zionisten haben ihren Wiedereintritt in den zionistischen Landesverband Österreichs angemeldet, nachdem der erweiterte zionistische Parteirat die Anerkennung der Radikalen als Sonderverband ausgesprochen hatte.

Einsetzung der Klagemauerkommission durch die Flottenkonferenz verzögert

London, 21. Januar. (JTA.) Wie die JTA. erfährt, wird die Nominierung der Kandidaten für die in der letzten Sitzung des Völkerbundsrates beschlossene Dreierkommission zur Regelung der Klagemauerfrage in den nächsten Tagen nicht erfolgen können, da der Premierminister und das Foreign Office durch die Flottenkonferenz voll in Anspruch genommen sind.

Jabotinsky vor der Shaw-Kommission

London, 26. Januar. (JTA.) Freitag nachmittag wurde Jabotinsky von der Palästina-Untersuchungskommission in London vernommen. Er dürfte der letzte von der Kommission einzuvernehmende Zeuge sein. Der bekannte englische Orientpolitiker John Philby wird nicht mehr einvernommen werden. Der erste Teil des Kommissions-Berichtes, der die Ursachen derlegt, ist fertiggestellt, und der ganze Bericht wird in ungefähr drei Wochen abgeschlossen sein.

Die Vernehmung Jabotinskys durch die Shaw-Kommission währte volle vier Stunden. Jabotinsky erklärte Pressevertretern, die Vernehmung habe einen freundschaftlichen Charakter getragen, er wurde nur selten durch ein Mitglied der Kommission unterbrochen.

Jabotinsky teilte weiter mit, daß er am 7. oder 14. Februar eine Reise nach Südafrika antritt.

„Ozet" fordert die Ausweisung des JTA.-Korrespondenten aus Rußland

Moskau, 19. Januar. (JTA.) Die Zentralverwaltung von Ozet (private Gesellschaft für jüdische Kolonisation) schließt sich der von „Emess" und anderen jiddischen kommunistischen Zeitungen gegen den Korrespondenten der Jüdischen Telegraphen-Agentur, Herrn Smolar, eingeleiteten Hetze an und fordert die Ausweisung des Herrn Smolar aus Sowjetrußland. Die Hauptbeschwerde, die gegen ihn vorgebracht wird, ist die, daß er an das Ausland gemeldet hat, daß **Ozet für das Siedlungswerk in Biro Bidschan zwei und eine halbe Million Rubel ausgegeben, aber kaum 200 jüdische Familien in diesem Rayon anzusiedeln vermocht hat.** Diese Tatsachen wurden zwar von der kommunistischen Presse verschwiegen, aber sie sind in einer Sitzung der Zentralverwaltung von Ozet, der der JTA.-Korrespondent persönlich beigewohnt hat, offiziell mitgeteilt worden.

Freispruch der Angeklagten in dem Prozeß um die Morde von Mozah

Jerusalem, 23. Januar. (JTA.) In dem Prozesse gegen eine Anzahl von Bewohnern des arabischen Dorfes Kolonieh, die beschuldigt waren, zur Zeit der Unruhen die Kolonieh benachbarte kleine jüdische Kolonie Mozah überfallen und das furchtbare Gemetzel unter der Familie Makleff und ihren Gästen veranstaltet zu haben, sind nach langwieriger Verhandlung, in denen die beiden überlebenden Kinder der Familie Makleff als Belastungszeugen auftraten, jetzt sämtliche Angeklagten wegen Mangels an Beweisen freigesprochen worden. (Der gesamte Jischuw befindet sich in ungeheurer Erregung, daß das bestialische Verbrechen ungesühnt bleiben soll.)

Revision des Todesurteils gegen Joseph Urphali

Jerusalem, 26. Januar. (JTA.) Vor dem Appellationsgericht in Jerusalem, unter Vorsitz des britischen Richters Corrie mit den Richtern Baker und Copeland als Beisitzern, wurde am Sonnabend, dem 25. d. M., in der Berufungsverhandlung wegen des gegen den Jaffaer Juden Joseph Urphali im Herbst vorigen Jahres gefällten Todesurteils die Entscheidung getroffen. Das Todesurteil ist aufgehoben und der Prozeß an die erste Instanz zwecks Einvernahme neuer Zeugen zurückverwiesen worden. Das gegen Joseph Urphali ausgesprochene Todesurteil ist das erste und einzige gegen einen Juden in Palästina gefällte Todesurteil. Er ist beschuldigt, während der Augustunruhen einen Araber erschossen zu haben. Der Beschuldigte ist ein wohlhabender sephardischer Jude aus Jaffa.

Wieder Schwierigkeiten an der Klagemauer

Jerusalem, 23. Januar. (JTA.) An der Klagemauer ist es am 20. Januar wieder zu einem Zwischenfall gekommen, der in seinen Ausmaßen zwar unbedeutend, aber für die Lage charakteristisch ist. Als jüdische Andächtige beim Abendgebet an der Mauer Lichter entzündeten, kam ein Trupp von zwanzig jungen Arabern unter Führung eines ehemaligen Scheichs heran und entfernte die Lichter. Einer Meldung des „Doar Hayom" zufolge weigerte sich ein arabischer Polizist, an den sich die Betenden um Hilfe wandten, einzuschreiten, mit dem Hinweis, daß das Anbringen von Lichtern an der Klagemauer nicht gestattet sei. Tatsächlich war auch während des diesjährigen Rosch-Haschanah- und Jom-Kippur-Gottesdienstes die Passage vor der Klagemauer nur von einer Azetylen-Lampe beleuchtet, die in einer Höhe von 50 Fuß angebracht war und erst unmittelbar vor Beginn des Gottesdienstes angezündet wurde.

Die endgültige Zusammensetzung der arabischen Delegation — Musa Kazim Pascha ihr Führer

Jerusalem, 24. Januar. (JTA.) Die jetzt abgeschlossene Session der palästinensisch-arabischen Exekutive, die sich mit der Beilegung des zwischen den beiden Flügeln der arabischen Führerschicht entstandenen Konfliktes und mit der Neuwahl der nach London zu entsendenden arabischen Delegation zu beschäftigen hatte, wählte

DER LETZTE WALDJUDE

VON J. OPATOSCHU

Aus dem Jiddischen von Siegfried Schmitz

41. Fortsetzung

Rabbi Mendele schwieg, er fühlte sich erleichtert. Das Summen im Kopfe hatte nachgelassen, war ganz verschwunden. Er blickte auf das Papier, das im Ofen aufflackerte, sich krümmte und zu Asche wurde. Ein hilfloser Zug lag auf seinem Gesicht, wie bei einem Manne, dessen ganze Habe brennt, ohne daß er sich helfen kann. Er beugte sich vor, wie um etwas noch zu retten, und bat:

„Gib mir Papier . . . eine Feder . . ."

Er hielt den Gänsekiel zwischen den zitternden Fingern; der Papierbogen schien zu wachsen, die Buchstaben wurden größer, erhoben sich blau und feurig, kreisten wie Räder vor seinen Augen, Rad um Rad, Rad in Rad; von allen Seiten schwirrten sie um das Bett, das Zimmer beginnt sich mitzudrehen, schnell, immer schneller, und am Herzen wird es plötzlich so leer . . . sollte das das Ende sein?

Reb Itsche merkte plötzlich, daß der Rabbi phantasierte und nicht wußte, was er schrieb. Er wiederholte in einem fort dieselben Buchstaben. Reb Itsche versuchte zu lesen:

„Buch vom Menschen—BuBuBu—vvvoMn —BuBuBuBu—Bu—Bu—Bu" ———

Der Rabbi schleuderte Papier und Feder zur Erde, seufzte schwer auf und blieb regungslos liegen. Um seine verzerrten Lippen stand leichter Schaum. Erschrocken rief Reb Itsche den Schammes. Der Rabbi öffnete noch einmal die Augen, schaute eine Weile in den Raum vor sich, ein Auge blickte starr, als könnte er es nicht bewegen, und richtete sich auf Reb Itsche. Einige tiefe Atemzüge und, er war entschlafen.

Als Mordechai zum Hof kam, hatte bereits ganz Kozk vom Hinscheiden des Rabbi erfahren. Die Läden wurden geschlossen, die Arbeit ruhte, die Kinder wurden sich selbst überlassen und in allen Gassen standen Gruppen Menschen, die leise und geheimnisvoll rieten, wer wohl den heiligen Leib des Rabbi waschen würde — die Schüler oder die Chewra Kadischa.

Im Hofe war nicht durchzukommen — Kopf an Kopf, kein Vorwärts, kein Rückwärts. Mit Mühe drängte sich Mordechai durch. Er blieb vor Rabbi Mendeles Tür stehen. Wehklagen erfüllte das Zimmer. Die Kinder und die Enkel standen um das Bett, auf dem der Verblichene, mit seinem weißseidenen Kaftan bedeckt, lag. Riwkele raufte sich die Haare, haderte laut mit dem Großvater und brach dazwischen immer wieder in Weinen aus. Mordechai, der niemals das Wehklagen bei Begräbnissen hatte anhören können, fand es jetzt durchaus angebracht; er wollte, das Geschrei sollte lauter sein und zum Himmel die Kunde bringen, daß ein Unrecht begangen worden war. Duszka stand erschrocken da und bewegte unaufhörlich den Kopf; sie litt wohl schwer darunter, daß soviel Männer um sie waren. Daniel stand da, eine Faust an die Bettwand gestützt, die zweite gegen die Stirn gepreßt und weinte. Reb Dowidl konnte nicht ruhig stehen, ging geschäftig hin und her und ließ immer mehr Kerzen anzünden, ohne jedoch seine Krankheiten zu vergessen; — von Zeit zu Zeit nahm er aus der Westentasche ein Fläschchen, öffnete es, roch daran und seufzte. In einem Winkel stand bekümmert Reb Itsche und sagte leise ein Soharkapitel her.

Ein Familienmitglied nach dem andern ging aus dem Zimmer. Als Riwkele Mordechai sah, breitete sie die Arme aus; sie hatte vergessen, was er ihr getan, und sprach weinend:

„Mordechai, was sagst du zu unserem Unglück? Mordechai . . ."

Mordechais Augen füllten sich mit Tränen. Er stand hilflos da und wußte nicht, was er tun sollte; ehe er sich besinnen konnte, war Riwkele verschwunden. Mordechai konnte es nicht ertragen; er litt darunter, daß Riwkele keinen Vorwurf für ihn gehabt hatte und an ihm nicht wie an einem Fremden vorübergegangen war.

Aus dem Beth Hamidrasch kamen die Brüder von der Chewra Kadischa; erhitzt fuhren sie sich mit farbigen Taschentüchern über Stirn und Gesicht und sprachen alle zugleich:

„Das Amt gehört uns!"

„Wir weichen nicht!"

„Ein rabbinisches Gericht?"

„Gut!"

„Dieser Prozeß ist glatt gewonnen!"

„Ruhe!" — ein Chassid stampfte mit dem Fuße auf. „Was sind das für Reden?"

„Die Waschung werden Schüler und fromme Juden vollziehen.“

„Der Stadt geschieht Unrecht!“

„Das Amt gehört uns!“

„Kozk wird es nicht zulassen!“

Reb Itsche trat hinzu und beruhigte beide Parteien:

„Still, still, streitet nicht. Wir werden losen, und wen das Los trifft...“

„Gut!“

Es wurde still. Durch das Zimmer klang die Stimme eines Chassid, der erzählte; er sprach zuerst laut und dann immer leiser:

„... und als man des Maggid heiligen Leib ins Wasser tauchte, wurde die Mikweh von dem Duft seltener Gewürze erfüllt; denn ihr müßt wissen, daß auch der tote Leib eines Zaddik heiliges Fleisch ist; Würmer und übler Geruch haben keine Gewalt über ihn...“

Bei den letzten Worten spürte Mordechai, daß die Luft zum Ersticken war; er mußte ein Fenster öffnen. Der Wunsch, die Decke vom Leichnam zurückzuschlagen, ließ ihm keine Ruhe. Er wollte sehen, ob die Trauer um die Augen des Rabbi geblieben war; zugleich sagte ihm sein Herz, der Tod lasse nichts übrig. Er war voll von Vorwürfen, ohne zu wissen, gegen wen und gegen was. Ihm fiel ein, daß Moses nicht hatte sterben wollen; und als nichts half, flehte seine Seele zu Gott, er möge sie nicht vom Körper trennen, mit dem sie hundertzwanzig Jahre vereinigt gewesen war. Und hier unter dem weißen Kaftan lag ein eingeschrumpfter Leib, der dem eines halbwüchsigen Knaben glich. Rabbi Mendeles Seele hatte einsam gelebt, sich in dem entlegenen, über und über mit Spinnweb bezogenen Zimmer aufgehalten, hatte sich nicht mit der Weltordnung abgefunden und außer dem schwachen Körper niemanden auf der Welt gehabt. Und nun war man über den Körper hergefallen, hatte ihn gewaltsam von der Seele getrennt, zerdrückt, zerbrochen, zu einem Bündel gewickelt und so unter dem Kaftan versteckt.

Völlig ausgeruht erwachte Mordechai mitten in der Nacht; er war sicher, daß er sich erst vor kurzem schlafen gelegt hatte, und zugleich ärgerlich, daß sein Gespräch mit Rabbi Mendele ein Traum gewesen war. Der Rabbi war doch tot. Mordechai kleidete sich im Dunkeln an und trat auf die Straße. Kozk schlief. Nur im Beth Hamidrasch des Rabbi saßen Verwandte und Nahestehende, der eine vor dem Sohar, der andere vor der Mischnah, einige im Halbschlaf oder auch schmerzerfüllte Melodien summend. Die Öllämpchen und tropfenden Kerzen beleuchteten schwach das große Beth Hamidrasch. Bei einem Pulte saß ein dicker Chassid, die Hände über einer offenen Mischna gekreuzt, das Kinn darauf gestützt, und schnarchte. Sein dunkelgrauer, wirrer Bart, der zu beiden Seiten des Kinnes ansetzte und wie zwei Flederwische aussah, bewegte sich. Hinter dem Ofen sagte jemand weinend Psalmen, daß man jedes Wort zählen konnte. Auf Bänken und unter den Tischen lagen Chassidim, die Röcke unter dem Kopfe, und stöhnten im Schlaf.

Auf Zehenspitzen schlich Mordechai in Rabbi Mendeles Gemach. Ein schwerer Geruch schlug ihm entgegen. Inmitten des Zimmers lag auf einer Bahre, aus Brettern eines Arbeitstisches gezimmert, Rabbi Mendele, mit dem weißseidenen Kaftan bedeckt. Auf dem Fußboden brannten dicke Talgkerzen, Sägespäne lagen verstreut umher. Reb Itsche stand zu Häupten des Rabbi, mit glühenden Wangen, die Augen mit großen Tränen gefüllt, wie ein kleines Kind, das sich verirrt und die Mutter verloren hat. Reb Dowidl saß mit geschlossenen Augen da, und wären nicht immer wieder Seufzer und ein „Oj“ aus seinem Munde gedrungen, so hätte man meinen können, er schliefe. An der Ostwand standen die beiden Lieblingsschüler des Rabbi, die Leuchten jüdischen Wissens in Polen, Reb Awrejml, der Schwiegersohn des Verstorbenen, und Reb Henoch, sie schlugen mit den Händen an die Wand und sagten ein Soharkapitel her.

Reb Itsche richtete seine tränenerfüllten Augen auf Mordechai; er blickte so mitleidsvoll, daß es Mordechai die Kehle zusammenschnürte.

In der Tür stand der barfüßige Israel und hielt sich die Nase zu. Er trat an die Bahre, schlug den Kaftan zurück und sah dem Toten ins Gesicht:

„Rabbi von Kozk, deine Schüler haben gelost, an welchem Teile deines heiligen Leibes jeder das Werk der Waschung verrichten solle. Das gilt, wenn der Leib heiliges Fleisch ist; wie ist es aber, Rabbi von Kozk, wenn der Leib fault? Wie ist es dann Gesetz?...“

Der Schammes und einige Nahestehende ließen ihn nicht vollenden, faßten ihn unter die Arme und führten ihn hinaus.

Reb Itsche sprach kein Wort. Er stützt den Kopf zwischen die Hände und weinte ganz laut. Reb Henoch trat zu Reb Awrejml und fragte ihn:

„Weißt du, was wir in Kozk gelernt haben?“

Reb Awrejml öffnet seine unschuldigen Augen und schwieg.

„Wir haben gelernt, der Mensch solle sein Lebtag daran denken, daß er ein Stinker ist.“

Fortsetzung folgt

zum Führer der Delegation endgültig den Präsidenten der Exekutive Musa Kazim Pascha el Husseini an Stelle des zuerst zum Führer der Delegation bestimmt gewesenen Großmufti Hadsch Emin el Husseini. Der Großmufti bleibt aber Mitglied der Delegation, der außerdem noch der Jerusalemer Bürgermeister Ragheb Bey Nashashibi, der bereits in London weilende Dschemal Husseini, Auni Bey Abdul Hadi und Alfred Roch angehören. Die Delegation besteht also aus sechs Mitgliedern, von denen drei der Partei des Großmufti und drei der Opposition gegen den Großmufti angehören. Das Kompromiß wurde erzielt, nachdem die Partei des Großmufti die Forderung, daß der Mufti Führer der Delegation sein müsse, fallen ließ. Alfred Roch, der wider Erwarten an Stelle von Moghanan Effendi zum Mitglied der Delegation wiedergewählt wurde, ist der einzige Christ innerhalb der Delegation.

Geschäftliches

Kammerspiele im Schauspielhaus. Die Wiederaufnahme der Dreigroschenoper bedeutet einen glücklichen Griff, denn dieses vor über 100 Jahren in London entstandene und spielende Stück, von Brecht und Weill für moderne Zuschauer eingerichtet, atmet echte und rechte Theaterluft und wirkt in seiner formalen Geschlossenheit und seinem bühnengerechten Aufbau auch heute noch überaus stark. Die Aufführung war ganz vorzüglich, eine wahre Freude die Hauptsänger der Moritaten, Kyser (dieser besonders auch gesanglich überraschend gut), Horwitz, Frau Giehse, Frl. Bessel, Herr Lentzsch, Frl. Schultze-Westrum. Es wurde mit hohem künstlerischem Ernst eine ausgefeilte Leistung geboten. R. Gü.

Frau Martha Lamm, Bruderstraße 12/0 l., Fernruf 23901, beabsichtigt im Schuljahr 1930/31 einen Volksschulersatzkurs (1. Klasse) mit 10—15 Wochenstunden durchzuführen und bittet, da wegen der durch behördliche Verordnungen beschränkten Schülerzahl nur wenige Kinder aufgenommen werden können, um baldige Anmeldung von Kindern, die aus gesundheitlichen Gründen die allgemeine Volksschule nicht besuchen sollen.

Die Kunst, den Ehemann ans Haus zu fesseln, ist durchaus nicht so schwierig, wie manche Frauen wähnen. Man muß es als Hausfrau und Gattin nur verstehen, „ihm“ den Abend im eigenen Heim angenehm zu gestalten. Also vor allem nicht die kleinen Nöte und Sorgen des Tages vor ihm auspacken. Behandeln Sie „ihn“, wenn er sich entschließt, auf Klub und Stammtisch zu verzichten und Ihnen die Abende zu widmen, eher wie einen lieben Gast, dem man es möglichst nett und behaglich macht, damit er sich wohlfühlt. Ihren Gästen setzen Sie im Laufe des Abends gewiß eine kleine Erfrischung oder Leckerei vor. Weshalb nicht „ihm“? Ein Gläschen Wein, eine Schale frisches Obst, etwas Selbstgebackenes geben dem ganzen Abend ein festliches Gepräge. Kleines Gebäck, das den Magen nicht durch schwerverdauliches Fett belastet und deshalb unbedenklich auch vor dem Schlafengehen genossen werden kann, stellt man am besten mit dem echten Palmin her, weil dieses bewährte Koch-, Brat- und Backfett völlig frei von schädlichen Fettsäuren ist.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Einschreibung an der Israelitischen Volksschule

Wie in allen anderen Münchener Schulen findet auch an der Israelitischen Volksschule München die Einschreibung der Schüler am Mittwoch, 5. Februar 1930, statt. Nähere Angaben darüber finden unsere Leser in einer Anzeige in dieser Nummer. Hier sei nur noch einmal darauf hingewiesen, daß es zweifellos im Interesse aller jüdischen Kinder selbst liegt, einer Schule anvertraut zu werden, in der nicht nur für den jüdischen Gehalt der Erziehung und des Unterrichtes Sorge getragen ist, in der sie sich nicht nur vor sonst geradezu unausbleiblichen Angriffen seitens ihrer Kameraden (und wie oft nicht auch seitens übelwollender Lehrer?) gesichert sind, sondern die sich auch durch ihre Unterrichtserfolge ihrer bisherigen Tätigkeit einen glänzenden Ruf geschaffen hat. Wir hoffen bald von einem weiteren Anwachsen der Schule auch in diesem Jahre berichten zu können.

Für ein Münchener jüdisches Jugendheim

Jüdische Jugendheime sind heute schon in mehreren jüdischen Großgemeinden Deutschlands vorhanden; in zahlreichen anderen in Entstehung begriffen. Auch in München denkt man an die Schaffung eines solchen Heims, in dem nicht nur die schon bestehenden Jugendgruppen und -vereine eine würdige Unterkunft finden sollen, sondern das auch Gelegenheit geben soll, die ganze Jugendarbeit auf eine andere Basis zu stellen und womöglich eine viel stärkere Zusammenarbeit der sich jetzt noch fernstehenden Gruppen herbeizuführen. Alle Gruppen der Münchener jüdischen Jugend wünschen ein solches Heim; Vertreter all dieser Gruppen haben in Gemeinschaft mit dem Jugendausschuß der Münchener Kultusgemeinde, die sich bereit erklärt hat, die Finanzierung zu ermöglichen, schon manche Pläne durchberaten und es ist zu hoffen, daß nun auch bald die Verwirklichung folgen wird, wenngleich man wohl kaum hoffen wird, daß nun schon alle Wünsche erfüllt werden.

Um weiteren Kreisen von diesen Plänen Kenntnis zu geben, um die eigenen Vorstellungen zu präzisieren, aber auch um von dem festen Willen zu ihrer Realisierung Zeugnis abzulegen, haben die verschiedenen Gruppen der Münchener jüdischen Jugend am Sonntag, 26. Januar, im Saale der Konkordia gemeinschaftlich eine programmatische Veranstaltung zur Schaffung eines Jugendheimes abgehalten, zu der Herr Dr. Georg Lubinski aus Berlin als Referent gewonnen worden war. Dieser überbrachte zunächst den zahlreich Erschienenen die Grüße des Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände und gab seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, daß es auch in München gelungen sei, die Jugend für diese Sache zu vereinigen. „Die Aufgaben der jüdischen Jugend unserer Zeit“ — dieses war das Thema, das Herr Dr. Lubinski in seinem ausgezeichneten Referat behandelte — ergeben sich nach der Auffassung des Referenten, mit unerbittlichem Zwang aus der gegenwärtigen jüdischen Situation und sie sind deshalb auch bis zu einem gewissen Grade unbestritten, woraus wiederum die Möglichkeit und die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der jüdischen Jugend resultiert. In religiösen, kulturellen, organisatorischen, besonders aber in sozialen und sozialpädagogischen Dingen besteht eine Verantwortung und bestehen Verpflichtungen, die die Jugend im Dienste

der Gesamtheit auf sich nehmen muß. Auch für den einzelnen Jugendlichen gibt es eine Reihe von Arbeitsmöglichkeiten, besonders auf dem sozialpädagogischen Gebiete. Damit die Jugend nun sich auf allen diesen Gebieten in einer ihr angemessenen Art betätigen kann, braucht sie ein Heim, das sie aus schädlichen und unwürdigen Umständen befreit und ihr die Freiheit des Lebens und Schaffens sichert. Obwohl die Last der Finanzierung solcher Heime kaum von der Jugend selbst getragen werden könne und daher von den Gemeinden zu übernehmen sei, müsse sich die Jugend auch an dieser Arbeit beteiligen, etwa durch Verkauf von Bausteinen, durch Abhaltung von Werbeveranstaltungen und dergleichen mehr. Wem wirklich die Sorge für die Erhaltung der jüdischen Gesamtheit am Herzen liege, der dürfe und werde sich dieser Arbeit nicht entziehen. Aus der Debatte, die anfangs nur schwer in Gang kommen zu wollen schien, dann aber sehr lebendig wurde — es beteiligten sich die Herren Kommerzienrat Dr. Ludwig Wassermann, Fritz Weißbarth, Dr. Keßler, Paul Grünbaum, Heinrich Lamm, Walter Koschland, Dr. Stern, Masur, Dr. Emrich, Dr. Marschütz, Schenirer und Frau Studienrat Schaalmann — seien nur die Ausführungen von Herrn Kommerzienrat Dr. Wassermann erwähnt, der zwar auf die vielfältigen Schwierigkeiten hinwies, die der Verwirklichung der Pläne des Jugendheimes im Wege liegen, dennoch aber die tatkräftige Hilfe der Gemeinde in Aussicht stellte. Wie in der Debatte bekanntgegeben wurde, soll in kurzer Zeit eine zweite Veranstaltung der jüdischen Jugend stattfinden, die sich an die ganze Gemeinde wendet und auch schon zur Aufbringung der Mittel für das Jugendheim beitragen soll: der Gedanke ist nun einmal auf dem Marsche und es wird der Jugend und ihren Helfern sicher auch gelingen, ihn durchzuführen.

Der Delegiertentag in Jena

Am Mittwoch abend fand eine zahlreich besuchte Versammlung der Zionistischen Ortsgruppe im Hotel „Roter Hahn“ statt, die den zum Delegiertentag entsandten Herren J.-R. Dr. Straus, Lustig und Dr. Emrich Gelegenheit zur Berichterstattung gab.

Den Abend einleitend referierte Herr Lustig über den Verlauf der Tagung, der durch die Anwesenheit Prof. Weizmanns und durch das hohe Niveau ihrer Diskussion besondere Bedeutung zukam.

Eine kritische Würdigung des Delegiertentages gab dann Herr Dr. Emrich. Als Ergebnis der Tagung bezeichnete er mehr die Reinigung der zionistischen Atmosphäre der Welt, als der in Deutschland. Diese Wirkung sei das Verdienst Weizmanns und seiner großen, sehr politischen Reden. Denn, wenn sich auch mit Ausnahme der Revisionisten alle Parteien um die zustimmende Meinung Weizmanns stritten (en miniature lebte dieser Streit auch bei der hiesigen Diskussion wieder auf), so habe sich doch Weizmann vielleicht am schärfsten gegen den Brith Schalom abgegrenzt, lange nicht so scharf von den Revisionisten. Zweifelsohne wolle Weizmann auch von der Redaktion der „Jüdischen Rundschau“ abrücken, wenn er Weltsch als das „Opfer mancher seiner Freunde“ bezeichne. — In Deutschland sind aber durch den Ausgang des Delegiertentages und die Wahl des neuen geschäftsführenden Ausschusses keineswegs die Verhältnisse der einzelnen Parteien zueinander geklärter als früher. Einerseits nämlich hat sich Weltsch jetzt erst erneut als Anhänger des Brith Schalom bekannt, andererseits sind auch die Meinungen in der neuen Mehrheit, Allgemeine Zionisten, Misrachi und Arbeiterpartei, alles andere als einheitlich. So ist die Zukunft des deutschen Zionismus gewiß nicht nur ruhiger Außenarbeit vorbehalten, sondern muß auch noch die innere Klärung fördern.

Gegen diese Ausführungen wandte sich als dritter Berichterstatter Herr J.-R. Dr. Straus, der sich mit Wärme für die Politik der „Jüdischen Rundschau“ und des Brith Schalom einsetzte. Er umriß in großen Zügen noch einmal die seiner Meinung nach einzig mögliche Politik der unbedingten Verhandlungsbereitschaft mit den Arabern, setzte unsere Situation als kleine Minderheit in Palästina auseinander und die daraus folgenden Methoden und Ziele. Er lehnte jede irgendwie geartete Machtpolitik, ein Kolonialregime etwa in Anlehnung an England, als kurzsichtige Lösung ab; mit der Aufforderung zu größerer Zurückhaltung bei der öffentlichen Diskussion dieser schwierigen Fragen und zur Rückkehr zu wirtschaftlicher Arbeit für Palästina schloß J.-R. Dr. Straus seine Rede.

Nach einigen Worten J.-R. Fränkels hatte der Abend ohne weitere Aussprache sein Ende gefunden.

Dr. S. D.

Zionistische Ortsgruppe München. Die diesjährige ordentliche Generalversammlung wird am Donnerstag, dem 6. Februar, abends 8.30 Uhr, im Bibliotheksaal der Israelitischen Kultusgemeinde, Herzog-Max-Straße 7/I, abgehalten. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Ressortleiter, 2. Kassenbericht, 3. Entlastung und Neuwahl, 4. Aussprache über zionistische Tagesfragen. Sämtliche Mitglieder werden gebeten, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Zionistische Ortsgruppe München. Schekelaktion 5690. In den nächsten Tagen findet die Schekelaktion statt. Alle Zionisten sollen für sich und ihre Familienangehörigen den Schekel entrichten, aber zugleich ist es ihre Aufgabe, unserer Bewegung auch neue Anhänger zuzuführen, die durch Entrichtung des Schekels das Bekenntnis zum Baseler Programm ablegen. Jeder Zionist ist dafür verantwortlich, daß das Ergebnis der diesjährigen Aktion von der organisatorischen Größe und der Kraft der zionistischen Bewegung beredtes Zeugnis ablegt.

Jungzionistischer Arbeitskreis. Der Jungzionistische Arbeitskreis nahm am Montag, dem 27. Januar, mit einem Ausspracheabend über „Nationalismus, Araberfrage und nationale Bewegungen im vorderen Orient“ seine Arbeit wieder auf. In einem einleitenden Referat skizzierte Frl. Isa Straus die Grundlagen des Nationalismus, seine Entwicklung in Europa, sein Verhältnis zu Kosmopolitismus und Sozialismus; sie klärte die Begriffe Staatsnation und Kulturnation und schloß mit einem Hinweis auf den spezifischen Charakter des jüdischen Nationalismus. Herr Referendar Franz Prager gab eine umfassende, auf gründlicher Kenntnis der zugänglichen Literatur beruhende Darstellung der Araberfrage in Palästina im Zusammenhang mit der Araberfrage überhaupt. In Palästina hat man danach drei verschiedene Aspekte der Frage auseinanderzuhalten: die religiöse (Mohammedaner) Frage, die Frage der Beduinen und die Fellachen- und Effendifrage. Er charakterisierte die Eignart dieser Probleme und zeigte, in welcher Richtung der Versuch ihrer Lösung unternommen werden könne. Dabei schloß er sich im wesentlichen an die von sozialistischer Seite gemachten Vorschläge an; trotzdem war das Referat unpolemisch gehalten und hat sachliche Informationen in außerordentlichem Maße gegeben. An der Aussprache beteiligten sich die Herren Weißbarth, Eisen, Schenirer und Emrich. — Vom nächsten Dienstag ab finden wieder die wöchentlichen Zusammenkünfte bei Schwarz statt.

„Vom nahen zum fernen Osten, die Narretei darf nicht viel kosten.“

Unter diesem Motto veranstaltet der Bar Kochba München sein diesjähriges Maskenfest.

Am 16. Februar wird sich in den von dem bekannten Künstler Oswald wunderbar dekorierten Festsälen des Hotels „Regina Palast“ ein Fest abspielen, das womöglich noch glanzreicher und stimmungsvoller werden wird, als je ein vom Bar Kochba veranstaltetes Fest. Die Vorbereitungen für die vielen lustigen Überraschungen sind im vollen Gange.

Eintrittskarten zu 2.50 RM. sind bereits jetzt in den bekannten Vorverkaufsstellen zu haben.

Jüd. Turn- und Sportverein Bar-Kochba. Immer wieder wird die Gründung einer Altherrenriege angeregt. Wir würden gerne diese Anregung zur Tat werden lassen. Für alte Herren, ab 30 Jahren, haben wir am Dienstag jeweils von halb 8 Uhr bis 9 Uhr in der Luisenschule eine Turnstunde unter bewährter Leitung frei. Aber dazu brauchen wir eben alte Herren. Jeder ist uns herzlich willkommen; wir bitten Interessenten sich bei D. Masur, München, Schillerstraße 20/II, schriftlich melden zu wollen. Der Betrieb bringt ein wohldurchdachtes modernes Gymnastiksystem, der Leistungsfähigkeit der Teilnehmer angepaßt. Jeder Teilnehmer wird sicher hochbefriedigt sein und für seine Gesundheit nur gewinnen. Die Zahl der Teilnehmer braucht für den Anfang nicht hoch zu sein, aber die Mindestzahl muß unbedingt vorhanden sein und jeder Gemeldete muß pünktlich zum Turnen antreten, denn Disziplin ist Voraussetzung für das Gedeihen der Abteilung. Die Kosten sind gering, 1.50 RM. pro Monat. Wir hoffen auf die uns immer wieder versprochene große Beteiligung und geben schon in der nächsten Nummer voraussichtlich den Beginn des Turnens bekannt.

Bar-Kochba, Fußball-Schülermannschaft. Das Freundschaftsspiel gegen 1860 Schüler II wurde mit 4:2 Toren gewonnen. Am Sonntag, dem 2. Februar, beginnen wieder die Meisterschaftsspiele und zwar spielen wir gegen Straßenbahn I am Sportplatz an der Schlierseer Straße (Haltestelle Linie 7, Martinsplatz). Treffpunkt halb 10 Uhr Gärtnerplatztheater. Aufstellung:

Herz
Blechner I Gersinsky II
Mechlies Gersinsky I Helfeld
Wengraf Schapira Günzburger Bier Felix
Ersatz: Kohorn, Schönwetter, Blechner II.

Jüdischer Turn- und Sportverein Bar-Kochba. Die Makkabiah Pessach 1932 in Erez Israel. Das Interesse hierfür ist groß; man rechnet mit einer sehr großen Zahl Teilnehmer. Auch der Münchener Bar-Kochba rechnet es sich zur Pflicht, mit möglichst viel Jugendlichen teilzunehmen. In Anbetracht der sehr geringen Kosten müßte es jedem möglich sein. Selbstverständlich muß jeder in seinen Ansprüchen durchaus bescheiden sein. Wir rechnen mit einem Kostenaufwand von 280 RM. ab München, der Hin- und Rückfahrt und einen vierzehntägigen Aufenthalt in Palästina ohne Nebenkosten in sich schließt. Also eine außergewöhnliche Gelegenheit, auf billige Weise unvergeßliche Eindrücke zu sammeln. Wir rufen daher zur Bildung einer Reisekasse auf. Wenn jeder Interessent etwa 10 RM. monatl. spart, werden die Kosten ohne Mühe aufgebracht. Die Beträge werden auf einer Großbank hinterlegt und verzinst. Sollte eine Verhinderung der Fahrt eintreten, bekommt jeder jeinen Betrag mit Zinsen zurück. Es gibt also keinerlei Risiko. Wer sich dafür interessiert, melde sich bei D. Masur, München, Schillerstraße 20/II. Auch jeder sonstige Interessent kann an der Fahrt teilnehmen, wenn er sich rechtzeitig zur Teilnahme meldet. Über die Durchführung werden wir nächstens an gleicher Stelle schon interessante Details berichten können. Wir rechnen auf stärkste Teilnahme.

Die Vorstandschaft.

Kadimah, München. Die Neuorganisation des Gesamtbundes und des Münchener Ortsbundes sind nach Vorschrift der Bundesleitung nunmehr durchgeführt. Gesamtbund. Bundesleitung: 1. Leo Goldhaber, Leipzig, Gustav-Adolf-Straße 23, bearbeitet die Ressorts Erziehung und Zophiut; folgende Gebiete werden unter spezialer Leitung bearbeitet: Gesetz und Verpflichtung: Hardi Swarsensky (Berlin), Prüfungen: Martin Wang (Leipzig), Mädchen: Emmy Horovitz (Berlin). 2. Organisationsressort: Albert Salzer, Leipzig-Nürnberg, bearbeitet: Finanzen, Bundesaufbau, Bundesstatistik, Führeraustausch, Verbindung mit dem Münchener Bund. 3. Internationale Zusammenarbeit: Heinz Gochsheimer, Rotterdam. Spezialarbeiter für England: Dr. Harry C. Schnur (Hamburg), für Frankreich: Manfred Hoffner (Leipzig), für Tschechoslowakei: David Vogel (Leipzig), für Schweiz und Österreich: Albert Salzer (Leipzig-Nürnberg), für Danzig, Polen, Litauen: Leo Goldhaber (Leipzig).

Münchener Bund. Ortsbundesleitung: Isa Straus, Kobellstraße 13 (Tel. 73889). Führerschaft der einzelnen Züge: Mädchenbund: 1. Kwuzah (ältere Mädchen) Isa Straus (Heimabend Samstags um 15 Uhr Kobellstraße 13); 2. Kwuzah (jüngere Mädchen) Hanna Straus, Kobellstraße 13. Jungensbund: 1. Kwuzah (10—12 Jahre) Willy Felix, Auenstraße 42; 2. Kwuzah (13—15 Jahre) Willy Levi, Hans-Sachs-Straße 8; 3. Kwuzah (ältere Jungens) Walter Koschland, Pettenkoferstraße 4. Die einzelnen Ressorts sind wie folgt verteilt worden: Tarbuth-Ressort: Fritz Rosenthal; Zophiut-Ressort: Walter Koschland; Finanz-Ressort: Walter Koschland; Mädchen-Ressort: Isa Straus. Verantwortlich für die Kadimahzeitung und die Mittleren- und Jüngerenzeitung Willy Levi.

Jüdischer Jugendverein

Donnerstagabende. Lessingsaal. 20.30 Uhr.

6. Februar. Vortrag Erich Liebermann: „Wie denkt sich die Jugend die Vereinsarbeit?“ Anschließend Aussprache.

13. Februar. Bunter Abend.

Vereinigung jüdischer Akademiker an der Universität München (im B.J.A.) Am Sonntag, dem 2. Februar, abends 8.15 Uhr, findet im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 3, ein Vortrag Sr. Ehrw. des Herrn Rabbiner Dr. Elie Munk (Ansbach) über das Thema „Die Stellung der modernen Rechtspflege zum Talmud" statt, zu dem wir herzlich einladen. Der Unkostenbeitrag beträgt 60 Rpf., für Studenten und Schüler 30 Rpf.

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez, München. Samstag, den 1. Februar, fällt der Vereinsabend infolge technischer Schwierigkeiten aus. Voranzeige: Samstag, den 8. Februar, Vortrag Rabbiner Dr. Prys „Das jüdische Gebet und seine Entwicklung". Samstag, den 15. Februar: Rezitationsabend Fräulein Manja Sufrin.

Jüdischer Gesangverein E. V. München. Die aktiven und passiven Mitglieder sowie Freunde unseres Vereins treffen sich am kommenden

Samstag, dem 1. Februar 1930,
abends ab 8.30 Uhr,

im Restaurant Schwarz, Schlosserstraße, zu einem

karnevalistischen Rendezvous mit Tanz.

Masken erwünscht. Eintritt und Garderobe frei.

Gleichzeitig bitten wir Faschings-Samstag, den 1. März 1930, für unsere Faschingsunterhaltung „Hulla di Mechulla" im Bayerischen Hof freihalten zu wollen.

Der Verein Bikur Cholim gibt den verehrlichen Mitgliedern höflichst bekannt, daß bei der am 18. Januar 1930 stattgefundenen Neuwahl nachfolgende Herren in den Vorstand gewählt wurden: 1. Vorstand Herr S. Neumann (Tel. 93176), 2. Vorstand Herr L. Iram (Tel. 26055), Kassier J. Berger (Tel. 26062), Schriftführer J. Mendler, Kassenrevisoren M. Philipson und M. Kohn (Tel 28730), Krankenvorsteher J. Blau (43325), M. Fleischer (Tel. 55197), Gabboivi J. Engelhard (Tel. 24207) und J. Flank.

Der Gesamtausschuß der Ostjuden gratuliert Frau G. Tuchmann zum 60. Geburtstag (unliebsam verspätet), zur Vermählung Knoblauch-Neuwirth, Herrn und Frau Wadler zur goldenen Hochzeit und Familie Grünbaum zur Barmizwah ihres Sohnes. Familie H. Strumpf gratuliert Familie Botie zur Vermählung ihrer Tochter 1 RM. (unliebsam verspätet).

Münchener Spendenausweis Nr. 12
vom 22.—29. Januar 1930

Goldenes Buch Zionistische Ortsgruppe München. Herr und Frau Dr. Albert Weihl grat. Herrn und Frau Grünbaum zur Barmizwah ihres Sohnes 3.—.

Allgemeine Spenden. Liba Berger grat. herzl. zur Vermählung Neuwirth-Knoblauch 1.—, Familie A. Strumpf grat. Herrn und Frau Grünbaum zur Barmizwah ihres Sohnes 2.—.

Büchsen. Geleert durch Herrn Salo Schenirer: J. Wien 10.—, E. Gutter 9.68, R. Minikes 7.08, J. Fischer 4.65, Frau Frydmann 3.—, S. Wolf 3.—, B. Goldmann 2.—, L. Iram 1.60, J. Stobetzki 1.— = 42.01; geleert durch Herrn Simon Schenirer: Ludwig Haas 14.60, M. Eisenstätter 22.—, J.-R. Dr. E. Straus 8.—, S. Penzak 8.—, B. Zinn 6.16, Frau F. Silbermann 5.—, Artur Bein 4.11, A. Benjamin 2.— = 69.87; geleert durch Herrn Ludwig Schenirer: Lazarus Spielmann 14.—.

Einzelne Büchse. J.-R. Dr. E. Fränkel 16.21.

Material. 2 N.-F.-Telegramme 1.—, Palästinamünzen 1.60.

Summa: 150.69 RM.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1929: 3193.71 RM.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 24. Januar 1930

Spendenbuch. Aus Fürth durch Rosi Birnbaum: Herr und Frau Menki Zimmer anl. des Todes ihrer Mutter und Schwiegermutter, Frau Fanny Klugmann zum Tode des Herrn V. Klugmann je 10.— = 20.—; Herr und Frau James Centaver anläßlich Geburt ihrer Tochter 5.—.

Allgemeine Spenden. Kuvertsammlung anläßlich Gruppenabend des Zionistischen Jugendkreises, Vortrag Dr. Werner Bloch (Berlin) 13.44.

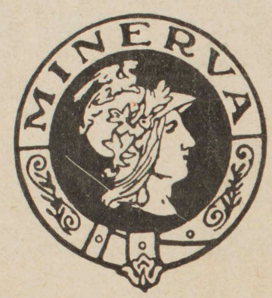
Büchse. Rosner 4.44.

Summe: 42.88 RM.

Seit 1. Oktober 1929 aufgebracht: 2167.94 RM.

Vielen herzlichen Dank allen
Freunden, Bekannten und Vereinen,
die unser am Hochzeitstage
in Freundschaft gedacht haben.

HERMANN UND EMMA KNOBLAUCH geb. Neuwirth
z. Z. auf Reisen



Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.